

Eingang: 20.11.2017, 14.15 Uhr

NR 456

20.11.17

**Antrag
der DIE FRAKTION-Fraktion**

„Wahlwerbung im öffentlichen Raum“

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main möge beschließen:

1. Die freie Plakatierung mit Kleinplakaten im Rahmen der Wahlwerbung zu Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie zu Wahlen der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) und bei Bürgerentscheiden entfällt komplett.
2. Die Stadt Frankfurt am Main stellt als Ersatz zur freien Plakatierung Flächen mit, zum Beispiel in Form von Plakatständern und Plakatwänden, zur Verfügung, die von den entsprechenden Akteuren zum jeweiligen Wahlereignis zur Plakatierung von Wahlwerbung genutzt werden können.
3. Der Magistrat wird beauftragt, hierfür ein umfassendes Konzept für das gesamte Stadtgebiet mit entsprechenden Standorten zu erarbeiten.

Begründung:

Deutschland steht an der Schwelle zum digitalen Zeitalter, aber die Parteien machen immer noch analogen Wahlkampf. Dabei fühlt sich der Großteil der Bevölkerung durch die Masse und Häufigkeit von Wahlwerbung im Straßenbild zunehmend belästigt.

Das Stadtbild wird über einen langen Zeitraum durch die zuweilen omnipräsente Wahlwerbung beeinträchtigt. Parteien setzen sich gegenseitig unter Druck immer mehr zu plakatieren, um optisch wahrgenommen zu werden.

V - StR Klaus Oesterling

Gelungene Beispiele zur erfolgreichen Umsetzung dieser Maßnahme finden sich zu Hauf: So verzichtet beispielsweise die Stadt Marburg gänzlich auf die freie Plakatierung und stellt 27 Plakatständer im Stadtgebiet (13 in der Kernstadt, 14 in den Ortsteilen) zur Verfügung, um eine geregelt limitierte, jedoch ausreichende Darstellung der Parteien und anderweitiger Bewerber zu gewährleisten.

Die zur Wahl antretenden Parteien, Wählervereinigungen und Einzelkandidaten könnten durch die vorgeschlagene Regelung besser planen und ihre Ressourcen sinnvoller einsetzen.

Ein erster Schritt die Wahlkampfwerbung zeitgemäß zu gestalten wäre, dem Beispiel anderer Gemeinden zu folgen, freies Plakatieren abzuschaffen und im Gegenzug Flächen zur Plakatierung zur Verfügung zu stellen.

Wahlplakate abzuschaffen ist zudem ein sinnvoller Beitrag zum Umweltschutz, da die zentralen Stellflächen für alle Parteien die Entstehung von „Plakatwäldern“ eindämmt und somit wichtige Ressourcen schont. Auch dem Vandalismus mit abgerissenen Plakaten am Straßenrand würde entgegengewirkt werden.

Frankfurt am Main, den 06.11.17

DIE FRAKTION

Antragsteller: Nico Wehnmann, Herbert Förster, Thomas Schmitt